

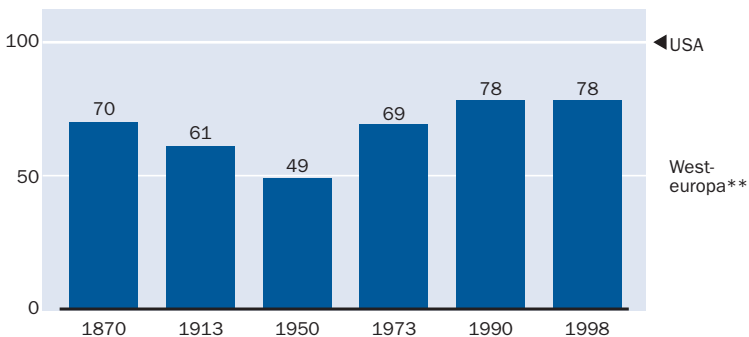
Teil II: Europas Weg zur Spitze

Deutungshoheit für einen Kontinent: Wenn es das jemals gab, dann in den Jahren vor 1914, im Europa des *Fin de Siècle*. Und doch trägt das 20. Jahrhundert in vielen Geschichtsbüchern den Beinamen „das amerikanische Jahrhundert“. Europa verlor seine Spitzenstellung wirtschaftlich, militärisch und intellektuell in zwei Weltkriegen, durch Genozide, Inflationen und politisches Chaos.

Niemand kann ein Wiederaufleben des Imperialismus der europäischen Mächte im 19. Jahrhundert ernsthaft wünschen. Und der Verlust an relativem wirtschaftlichen Gewicht im weltweiten Maßstab ist ohnehin kaum vermeidlich, seit die industrielle Revolution immer mehr Teile des Erdballs erfasst hat und der Anteil der Europäer an der Weltbevölkerung angesichts der demografischen Entwicklung immer weiter abnimmt. Noch 1913 war mehr als jeder fünfte Erdenbürger Europäer; der alte Kontinent produzierte mehr als ein Drittel des weltweiten Güter-

**Abb. II.1: Produktivität\* in den USA und Westeuropa**

Index 100 = US-Niveau



\* BIP pro Arbeitnehmer

\*\* Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz

Quelle: Maddison, 2001

ausstoßes. Bis heute hat sich der Anteil an der Weltbevölkerung glatt halbiert, und nicht einmal ein Viertel der weltweiten Wirtschaftsleistung wird noch in Europa erbracht.

Doch bei der Schlüsselgröße Produktivität hatte Europas Abstieg bereits im 19. Jahrhundert begonnen. 1870 lag Westeuropa in dieser Disziplin um 30 Prozent hinter den USA; es fiel in den nächsten 80 Jahren bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs auf weniger als die Hälfte des US-Wertes zurück (Schaubild II.1). Seit die USA im frühen 20. Jahrhundert Großbritannien überholten, verzeichneten sie die höchste Produktivität weltweit.

Es folgte eine eindrucksvolle Aufholjagd nach dem Zweiten Weltkrieg, als Europa endlich im Frieden lebte. Die Produktivität wuchs schneller und erreichte 1990 78 Prozent des US-Wertes. Entsprechend kleiner wurde auch die Lücke im materiellen Wohlstand, und das erlaubte einen Trade Off mit der Arbeitszeit gemäß europäischen Lebensvorstellungen.

Die Aufholjagd endete Mitte der 90er Jahre; aber das Ziel, zu den USA aufzuschließen, war nicht erreicht. Seither wächst Europas Rückstand zum Produktivitätsweltmeister USA wieder an. Gleichzeitig sind alle so gern entschuldigend ins Feld geführten „Gründe“ für eine geradezu unvermeidliche größere Armut der Europäer weitgehend verschwunden: Der Kontinent ist politisch stabil, hat das Potenzial, von einem enorm großen Binnenmarkt zu profitieren; er ist in den internationalen Austausch von Gütern und Ideen, von Kapital und Menschen gut integriert.

Erst wenn Europa in seiner Wirtschaftsleistung wieder zur Spitze aufschließt und so seinen materiellen Wohlstand steigert, wird es seinem Selbstbild und seinen Erwartungen gerecht werden können. Pro Einwohner schafft der alte Kontinent immer noch weniger als sein Konkurrent jenseits des Atlantiks – weniger Wertschöpfung, weniger Beschäftigung, weniger Ideen. Sich selbstzufrieden mit dem Hinweis auf Errungenschaften in anderen Bereichen wie sozialer Gerechtigkeit, Umwelt oder Freizeitwert damit zu begnügen, „zweiter Sieger“ in der Wirt-

Teil II: Europas Weg zur Spitze

schaftsarena zu sein, wäre die falsche Lösung angesichts der Probleme, die in den nächsten 30 Jahren auf Europa zukommen. Wenn Wege zur Spitze nicht konsequent beschritten werden, droht nicht etwa Stagnation auf hohem Niveau, sondern ein Abstieg in die zweite Liga. Nur wenn Europa wieder Weltspitze bei der Wirtschaftsleistung pro Kopf wird, kann es die Herausforderungen der rapiden Überalterung und die Krise des Arbeitsmarktes lösen und die Erwartungen seiner Bürgerinnen und Bürger erfüllen: viel Freizeit, ein hohes Maß an Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und Wohlstand.

Doch statt über den richtigen Weg zur Spitze nachzudenken, sind die meisten Mitgliedsländer in der Europäischen Union mit kleinzelliger Krisenbekämpfung beschäftigt. In nahezu allen Mitgliedsländern steht wegen lahmenden Wachstums und hoher Arbeitslosigkeit die Wirtschaftspolitik auf dem Prüfstand – ohne dass sich konkrete Konzepte abzeichneten, wie denn nun eine Lösung aussehen könnte. Von der Arbeitsmarktgesetzgebung über die Renten- und Krankenversicherung mit ihren Wirkungen auf die Lohnnebenkosten bis hin zum Steuerregime und der Produktmarktregulierung ist der Handlungsbedarf offensichtlich. Gleichzeitig nimmt Jahr um Jahr der Anteil der Rentner und anderer Netto-Leistungsempfänger an der Bevölkerung zu. Je höher die Arbeitslosigkeit, desto höher der Wert eines Arbeitsplatzes für seine Besitzer – und umso stärker die Neigung, den Schutz bestehender Jobs höher zu bewerten als die Schaffung neuer Stellen.

Die um sich greifenden Krisensymptome innerhalb Europas sind auch deshalb so bedrohlich, weil sie die Fähigkeit und den Willen zur Lösung der Probleme verringern. Stagnation, „gridlock“, die Notwendigkeit eines „Rucks“ – wie lässt sich der so dringend notwendige Aufbruch gestalten? Die Probleme werden bereits heute als so komplex und übermächtig empfunden, dass nur kleine und kleinste Veränderungen und Anpassungen gewagt werden. Zu großen Bewegungen fehlt der Mut – und

meist fehlen auch die Konzepte. Alle paar Jahre tritt zum Beispiel eine neue Rentenreformkommission zusammen, oder Arbeitsmarkt-Enqueteausschüsse erarbeiten Vorschläge. Kaum sind die – unweigerlich verwässerten – Vorschläge verabschiedet, müssen neue Notprogramme gestrickt werden, bis dann wieder die nächste Kommission zusammentritt.

Vollgas bei angezogener Handbremse: So wirkt, mit etwas Abstand betrachtet, das Herumkurieren an den Symptomen, wie man es in Europa seit vielen Jahren beobachten kann. Eine Ursache für die wirkungsarme Betriebsamkeit sind auch die immer höhere Komplexität und die zunehmende Vernetzung der Probleme. Verbesserungen im Arbeitsmarkt zum Beispiel können häufig erst dann greifen, wenn gleichzeitig das Steuersystem die richtigen Anreize vor allem für Geringverdiener bietet. Das Steuersystem lässt sich allerdings schon aus Gründen der Systematik nicht an jeden Einzelfall anpassen, und es ist ohnehin durchsetzt von Hunderten von Ausnahme- und Sonderbestimmungen. Eine Reform würde somit das Ziel eines einfachen und logisch sinnvollen Systems noch weiter in die Ferne rücken. Ein Durchbruch bei der Produktmarktregulierung wiederum, auf den ebenfalls viele Verbesserungen im Arbeitsmarkt angewiesen sind, wird von Interessengruppen blockiert; insgesamt fehlt es auch dadurch an Wachstum, das die Steuern auch bei niedrigeren Sätzen sprudeln lassen könnte.

Wer über Verbesserungsmöglichkeiten in Europa nachdenkt, bekommt schnell den Eindruck, man könne nur dann etwas erreichen, wenn man noch einmal ganz von vorn anfängt. Diese Problemdiagnose ist so neu freilich nicht. Jeder kennt die ersten Zeilen von Goethes berühmten Versen (Zahme Xenien IX):

Teil II: Europas Weg zur Spitze

Amerika, du hast es besser  
Als unser Kontinent, das alte,  
Hast keine verfallenen Schlösser  
Und keine Basalte.  
Dich stört nicht im Innern  
Zu lebendiger Zeit  
Unnützes Erinnern  
Und vergeblicher Streit.

Nicht nur die alten Traditionen sieht Goethe dem Kontinent im Wege stehen – es ist auch der „vergebliche Streit“. Das klingt vertraut. Was Goethe bewegte, ist auch im Europa von heute aktuell: Die Frage, wie trotz scheinbar erlahmender Kräfte ein neuer Aufbruch, ja ein Entwicklungssprung gerade in der Wirtschaftsleistung gelingen kann.

In den folgenden vier Kapiteln zeigen wir, wie im Zusammenspiel von Politik und Wirtschaft ein Aufbruch aussehen sollte, der die Wirtschaftsmacht Europa zu neuer Stärke finden lässt. Die Basis dafür ist der – noch zu vollendende – Binnenmarkt; den Weg zur Spitze markiert ein „Erfolgsdreieck“: Smart Regulation als Ersatz für die heutige Überregulierung; mehr Deutungshoheit für europäische Unternehmen, Branchen und Regionen, und ein neu definiertes europäisches Staatswesen.

Wenn Europa das erreichen will, was es kann, müssen europäische Wertvorstellungen den Wandel prägen – anstelle vermeintlicher Erfolgsrezepte aus Übersee, wie in den vorangehenden Kapiteln diskutiert. Lippenbekenntnisse zu gemeinsamen europäischen Interessen, Harmonisierungen einzelner Reglements oder länderübergreifende Kommissionen reichen dazu nicht aus. Wir sprechen hier eher von einer Radikalkur: Anstrengend, aber heilsam.

Für diese Radikalkur muss Europa auch durchaus viel Geld in die Hand nehmen. Deutungshoheit beispielsweise setzt vielfache Investitionen in Bildung und Forschung voraus; nur

mit Spitzenleuten unter Spitzenbedingungen kann es europäische Spitzenleistung geben. Zugleich verlangt die Demografie Rücklagen für die Generation der Kinder und Enkel, um ihnen eine Perspektive für ein Leben in Europa zu ermöglichen. Und wenn der Wertschöpfungsprozess an Tempo gewinnen soll, muss die private Nachfrage zunehmen. Der Staat muss im Gegenzug deutlich auf Anteile am BSP verzichten – für Staatsquoten um 50 Prozent ist im Europa der Zukunft kein Platz mehr. Weniger Staatsquote bedeutet aber keineswegs eine Schwächung des Staats oder eine Rückentwicklung zum „Nachwächterstaat“. Im Gegenteil: Die Europäer sehen in ihrer Mehrheit den Staat in einer Schlüsselrolle. Er soll Infrastrukturen schaffen, Rahmenbedingungen setzen, Impulse geben. Dafür muss der „europäische Staat“ sogar weiter gestärkt werden: Er braucht weniger Fett und mehr Muskeln, muss sich vom traditionellen Sozialstaat zu einem zukunftsorientierten sozialen Leistungsstaat entwickeln.